

Borchardt, Wolfgang; Dietsch, Ulrich

Article

Der neue wirtschaftspolitische Kurs der VR China

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Borchardt, Wolfgang; Dietsch, Ulrich (1978) : Der neue wirtschaftspolitische Kurs der VR China, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 6, pp. 296-301

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135201>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der neue wirtschaftspolitische Kurs der VR China

Wolfgang Borchardt, Ulrich Dietsch, Hamburg

Die chinesischen Kontakte mit westlichen Industriestaaten nahmen nach Maos Tod stark zu. Die VR China schloß in diesem Jahr u. a. mit Japan und der EG Handelsabkommen ab. Der stellvertretende Ministerpräsident, Ku Mu, und der Minister für Metallurgie, Tang Ke, hielten sich in den letzten Wochen in der Bundesrepublik zu politischen und wirtschaftspolitischen Gesprächen auf. Alle diese Aktivitäten scheinen der Ausfluß eines neuen wirtschaftspolitischen Kurses Chinas zu sein. Wie sieht dieser aus?

Nach dem Tod Mao Tse-tungs im Jahre 1976 spitzte sich in der Volksrepublik China die erbitterte innenpolitische Auseinandersetzung zwischen zwei politischen Gruppierungen zu, die zwar beide als „wahre Erben Maos“ auftraten, jedoch grundlegend unterschiedliche Konzeptionen für den weiteren politischen und ökonomischen Aufbau des Landes verfochten. Die offenen innenpolitischen Auseinandersetzungen zwischen der radikalen Linken um die sogenannte „Viererbande“ und den stärker technokratisch orientierten Kräften um Teng Hsiao-ping lähmten nicht nur alle außenpolitischen Vorhaben, sondern führten zu einer umfassenden Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes¹⁾. Insbesondere die völlige Unklarheit über die Ziele und Prioritäten der Konsolidierung und des weiteren Ausbaus der chinesischen Volkswirtschaft verhinderte alle wesentlichen Aktivitäten zur Ankurbelung der Wirtschaft, die von offenen politischen Auseinandersetzungen in Mitleidenschaft gezogen war. Mit dem Sieg der technokratisch orientierten Kräfte unter Führung von Hua Kuo-feng und Teng Hsiao-ping wurden die Richtungskämpfe beendet und die Voraussetzungen für einen wirtschaftspolitischen Neubeginn geschaffen.

Das Programm der neuen chinesischen Staats- und Parteiführung zur wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung des Landes und zu seiner mittel- und langfristigen Weiterentwicklung setzt sich das Ziel, eine Entwicklung einzuleiten, durch die China bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu einer sozialistischen Weltmacht werden soll, die auf wirtschaftlichem, politischem, militärischem

und kulturellem Gebiet eine führende Rolle innehat. Um dieses hochgesteckte Ziel zu erreichen, soll die eindeutige Priorität der künftigen Aktivitäten von Bevölkerung, Partei und Regierung auf die Beschleunigung und Intensivierung der wirtschaftlichen Entwicklung gelegt werden, da davon ausgegangen wird, daß für die Erreichung aller verfolgten Ziele „die rasche Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft letzten Endes entscheidend ist“²⁾.

Die „vier Modernisierungen“

Als entscheidender Hebel für die Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes wird, in Anknüpfung und Fortführung des bereits von dem verstorbenen Ministerpräsidenten Tschou En-lai entworfenen Wirtschaftsprogramms³⁾, das Konzept der „vier Modernisierungen“ verfolgt. Demnach bildet die möglichst umfassende und schnelle Anhebung des technologischen Niveaus und der Effektivität in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie, Rüstung sowie Wissenschaft und Technik die wesentliche Garantie für die angestrebte Entwicklung zur Großmacht. Die Modernisierung der wichtigsten Wirtschaftssektoren soll dazu führen, daß China bis zum Ende dieses Jahrhunderts z. B. „hinsichtlich des Ertrags pro Flächeneinheit bei den Hauptagrarprodukten das Weltniveau erreichen bzw. übertreffen und hinsichtlich der Hauptindustrienerzeugnisse sich dem Stand der entwickeltsten kapitalistischen Länder annähern, ihn einholen bzw. überholen“⁴⁾ soll.

¹⁾ So wurde 1976 zum „extremen wirtschaftlichen Tiefpunktjahr“. Vgl. Rüdiger Machetzki: Wirtschaftsleistungen 1977. Jahr der Konsolidierung, in: China aktuell, 6. Jg. (Januar 1978), S. 1011.

²⁾ Hua Kuo-feng: Schließen wir uns zusammen, um für den Aufbau eines modernen und starken sozialistischen Landes zu kämpfen. Bericht über die Tätigkeit der Regierung, erstattet am 26. Februar 1978 auf der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses, in: Peking Rundschau, 15. Jg. (1978), Nr. 10, S. 20.

³⁾ Vgl. dazu: Bettina Gransow, Frank Suffa-Friedel: Der Nachlaß des Maoismus und die gegenwärtige Entwicklung der VR China. Teil II, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 22. Jg. (1977), Nr. 2, S. 234 ff.

⁴⁾ Hua Kuo-feng, a. a. O., S. 20.

Dr. Ulrich Dietsch, 31, und Wolfgang Borchardt, 28, Dipl.-Politologe, sind Referenten in der Abteilung Wirtschaftsordnung und Wirtschaftssysteme des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

Dabei liegt „der Schlüssel für die vier Modernisierungen“⁵⁾ in der forcierten Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Dieser Bereich weist in China nicht nur strukturelle Schwächen auf, sondern er hat auch in besonderem Maße durch die Anti-Intellektuellen-Kampagnen in der Kulturrevolution und während der letzten Jahre seitens der Linksradikelel gelitten, so daß zu Recht konstatiert wird: „Der Abstand zwischen dem wissenschaftlichen und technischen Niveau Chinas und dem der fortgeschrittenen Länder, der sich bereits verringert hatte, vergrößerte sich erneut“⁶⁾. Aus diesem Grund muß sowohl der Heranbildung und Förderung eigener Wissenschaftler und Techniker, „die politisch rot und fachkundig sind“⁷⁾, als auch der verstärkten Übernahme entwickelter Technologien aus den höher entwickelten Ländern große Bedeutung eingeräumt werden.

Die Modernisierung der wesentlichen Wirtschaftsbereiche, die mit einer verstärkten Politik materieller Anreize für die Arbeiter, Angestellten etc. nach der Losung „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seiner Leistung“⁸⁾, verbunden wird, wird so zum wichtigsten Bestandteil des neuen wirtschaftspolitischen Kurses. Wurde in der Sozialismus-Konzeption Mao Tse-tungs der Produktivkraftentwicklung „nur eine nachgeordnete Bedeutung gegenüber der permanenten Umgestaltung der Produktionsverhältnisse beigemessen“⁹⁾, so wird jetzt die Betonung auf die Entwicklung der Produktivkräfte gelegt: „Wir müssen jene Teile des Überbaus, die der ökonomischen Basis nicht mehr entsprechen, und jene Teile der Produktionsverhältnisse, die nicht mehr im Einklang mit den wachsenden Produktivkräften stehen, weiter umgestalten“¹⁰⁾.

Mit dieser Prioritätensetzung wird nicht nur eine faktische Annäherung an das wachstumsorientierte sozialistische Entwicklungsmodell sowjetischen Typs vorgenommen, sondern auch eine Zielsetzung in Angriff genommen, nach der China „in 22 Jahren einen Weg zurücklegen (soll), für den andere Länder 40, 50 Jahre, ja sogar noch länger gebraucht haben“¹¹⁾.

Es liegt auf der Hand, daß derartige hochgesteckte Ziele nur dann zu erreichen sind oder auch nur die Chance haben, realisiert zu werden, wenn es

gelingt, alle inneren und äußeren Kräfte zusammenzufassen und auf die Lösung dieser Aufgabe zu konzentrieren. Dazu gehört entscheidend die innenpolitische Konsolidierung des Landes und die Subsumierung der außenpolitischen Aktivitäten unter diese Zielsetzung. Unter diesen beiden Aspekten lassen sich alle wichtigen Maßnahmen der neuen Staats- und Parteiführung unter Leitung von Hua Kuo-feng als zielgerichtet und konsequent verstehen.

Innenpolitische Konsolidierung

In der Innenpolitik kam es nach der politischen Ausschaltung der „Viererbande“ darauf an, ihre Anhänger aus allen Ebenen des Partei- und Staatsapparates zu entfernen, um eine zügige und uneingeschränkte Durchsetzung des neuen wirtschaftspolitischen Kurses zu gewährleisten. Will man die ständigen Mahnungen, daß es „heute und noch einige Zeit in der Zukunft... die wichtigste Aufgabe“ bleibt, „die Viererbande zu entlarven und zu kritisieren“¹²⁾, nicht nur als rhetorischen Kunstgriff zur Pflege eines taktisch nützlichen innenpolitischen Feindbildes verstehen, so muß diese ständig wiederholte Formel als Indikator für die Stärke und latente Präsenz der entmachteten linksradikalen Kräfte gesehen werden. Daß es überhaupt gelungen ist, diese Gruppierung auszuschalten, der heute der absurde Vorwurf gemacht wird, sie wollte „eine faschistische Diktatur der Bourgeoisie errichten“¹³⁾, liegt maßgeblich am Engagement der „Volksbefreiungsarmee“, die sich auf diesem Weg weitgehend der Konkurrenz der von den Linksradikelel favorisierten Volksmilizen entledigen konnte und gleichzeitig die überfällige Modernisierung der Armee zur unabwiesbaren Forderung erheben konnte.

Die Entmachtung der „Viererbande“ wurde von der neuen Führung mit einem verstärkten Werben um die Bevölkerungsschichten, die nicht zur traditionellen Basis der Kommunistischen Partei gehören, gekoppelt. In den Rahmen dieser Bemühungen gehören die Reaktivierung früher zugelassener Parteien, die erneute Unterstützung der Massenorganisationen, insbesondere der nahezu völlig verschwundenen Gewerkschaften, und als Höhepunkt dieser Bestrebungen die Einberufung der „Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes“, einer Volksfrontorganisation, die dreizehn Jahre lang nicht mehr getagt hatte¹⁴⁾. All diese Aktivitäten, in denen Institutionen und Organisationsformen der 50er und 60er Jahre wiedererweckt werden, zielen auf eine möglichst umfassende Mobilisierung des gesamten

⁵⁾ Vgl. Teng Hsiao-ping: Rede vor der Nationalen Wissenschaftskonferenz über Chinas Weg zur Weltmacht, die Partei und die Intellektuellen, am 18. März 1978, abgedruckt in: Frankfurter Rundschau vom 22. 4. 1978.

⁶⁾ O. V.: Ein bedeutender Schritt zur Fortsetzung des Langen Marsches, in: Peking Rundschau, 15. Jg. (1978), Nr. 9, S. 11.

⁷⁾ Teng Hsiao-ping, a. a. O., S. 14.

⁸⁾ Hua Kuo-feng, a. a. O., S. 28.

⁹⁾ Bettina Gransow, Frank Suffa-Friedel: Der Nachlaß des Maoismus..., Teil I, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 22. Jg. (1977), Nr. 1, S. 77.

¹⁰⁾ Hua Kuo-feng, a. a. O., S. 15.

¹¹⁾ Teng Hsiao-ping, a. a. O.

¹²⁾ Hua Kuo-feng, a. a. O., S. 16.

¹³⁾ Ebenda, S. 8 und S. 12.

¹⁴⁾ Vgl. dazu Helmut Martin: Fünfter Volkskongreß – Schlüsselpunkt in der personellen und programmatischen Rekonstituierung der neuen Führung, in: China aktuell, 7. Jg. (März 1978), S. 125 f.

Volkes für die neue politische und wirtschaftliche Strategie ab.

Der V. Volkskongreß, der von Ende Februar bis zum 5. März 1978 dauerte, bildete den vorläufigen Schlußpunkt der innenpolitischen Konsolidierung¹⁵⁾. Auf ihm wurde die neue politische Führung um Hua und Teng bestätigt und gestärkt. Gleichzeitig wurde der neue wirtschaftspolitische Kurs legitimiert und festgeschrieben und die begonnene innenpolitische Entwicklung zu einer schrittweisen Liberalisierung mit der Verabschiedung einer veränderten Verfassung¹⁶⁾ sowie eines neuen Zivil- und Strafrechts¹⁷⁾ fortgeführt.

Reaktivierte Außenpolitik

Analog zu diesen innenpolitischen Maßnahmen zur Schaffung einer angemessenen Ausgangsbasis für die erfolgreiche Inangriffnahme der hochgesteckten wirtschaftspolitischen Ziele wurden in der Außenpolitik verstärkte Aktivitäten sichtbar. Vor allem die für die eigene ökonomische Entwicklung attraktiven westlichen Industrieländer standen dabei im Mittelpunkt des Interesses. Das Streben nach einer verstärkten Übernahme westlicher Technologien zur Steigerung der Produktivität und zur Forcierung der wirtschaftlichen Entwicklung bilden dabei die wesentliche Triebkraft für einen Ausbau der Beziehungen insbesondere zu den westeuropäischen Ländern.

Politisch legitimiert wird diese Orientierung durch die modifizierte maoistische Theorie von der „Dreiteilung der Welt“¹⁸⁾, in der die Länder der Welt nicht „nach ihren Gesellschaftssystemen, sondern nur nach ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsstand eingeteilt sind“¹⁹⁾ und in der die Supermächte USA und UdSSR die erste Welt bilden, Westeuropa, Japan, Osteuropa und Kanada die zweite und China mit den Entwicklungsländern die dritte Welt bildet. Um der Unterdrückung durch die Supermächte, vor allem durch den besonders aggressiven „sowjetischen Sozialimperialismus“²⁰⁾ zu entgehen, ist in dieser Konzeption das zumindest partielle Bündnis von zweiter und dritter Welt möglich und nötig. Damit ist eine grundsätzliche ideologische Legitimation des Ausbaus der Beziehungen zu Westeuropa und Japan gegeben, was für die ungehemmte Entwicklung

¹⁵⁾ Vgl. dazu ebenda, S. 126–128.

¹⁶⁾ Abgedruckt in Peking Rundschau, 15. Jg., 21. 3. 1978, Nr. 11, S. 5–15.

¹⁷⁾ Vgl. dazu Le Monde vom 19./20. 3. 1978.

¹⁸⁾ Vgl. dazu ausführlich o. V.: Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt – Ein bedeutender Beitrag zum Marxismus-Leninismus, in: Peking Rundschau, 14. Jg. (1977), Nr. 45, S. 11–43.

¹⁹⁾ Bettina Gransow, Frank Suffa-Friedel, a. a. O., Teil I, S. 72.

²⁰⁾ Vgl. z. B. die Ausführungen von Außenminister Huang Hua vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 29. September 1977, auszugsweise abgedruckt in: Europa-Archiv, 33. Jg. (1978), Nr. 5, S. D 153.

der Außenwirtschaftsbeziehungen außerordentlich nützlich ist. Erheblich schwerfälliger gestaltet sich die Entwicklung des Verhältnisses zu den sozialistischen Staaten und der verbal nach wie vor hart attackierten UdSSR. Doch auch hier findet, wie die relativ gemäßigte Auseinandersetzung mit dem Vorschlag der Sowjetunion zur Neuregelung der Beziehungen²¹⁾ ebenso zeigt wie die Ernennung des Osteuropa-Spezialisten Djäng Hai-feng zum stellvertretenden Außenminister²²⁾, eine allmähliche Änderung des Verhältnisses statt, die zumindest auf eine Vermeidung weiterer, für beide Seiten nachteilige Konfrontationen abzielt.

Mit dieser innen- und außenpolitischen Kurskorrektur sind entscheidende Rahmenbedingungen für eine Realisierung des neuen Kurses zur wirtschaftlichen und politischen Weiterentwicklung des Landes gegeben. Der neue wirtschaftspolitische Kurs berührt dabei grundlegende Funktionselemente des Wirtschaftssystems. Eine neue Ausrichtung erfährt die Frage nach dem Verhältnis von Zentralisierung und Dezentralisierung im Planungs- und Leitungssystem ebenso wie die Frage nach dem Stellenwert einzelner Formen von Produktionsmitteleigentum in der Landwirtschaft. Als einer der wichtigsten Problemkreise ist der Bereich materielle Stimulierung unter Einbeziehung der Einkommenspolitik anzusehen, da hier die zwei in China grundsätzlich verfolgten ideologischen Richtungen – Massenlinie und revisionistisch-pragmatische Linie – aufeinanderstoßen. Das besondere Gewicht von Wissenschaft und Technik im Rahmen des neuen wirtschaftspolitischen Kurses wirkt sich speziell auf die zu verfolgende Linie in der Außenwirtschaftspolitik aus.

Deutliche Zentralisierungstendenzen

Um die ehrgeizigen langfristigen Wachstumsziele in Industrie und Landwirtschaft erfüllen zu können, aber auch um den in den letzten Jahren immer stärker werdenden Verselbständigungstendenzen ganzer Regionen zu begegnen, hält die chinesische Führung unter Hua und Teng eine stärker zentralisierte Planung als bisher für erforderlich. Unter dem Einfluß der „Viererbande“ und ihrer Anhänger wurden zentrale Produktions- und Ablieferungsaufgaben mißachtet. Häufig wurde autonom über Investitionen und deren Finanzierung, über Belegschaftsgrößen, Lohnsumme und Preisbildung nicht zuletzt deshalb entschieden²³⁾, weil seit der Kulturrevolution für die Vertreter der „dezentralistisch“ orientierten Masselinie der zentrale Plan mit den eigenen basisdemokratischen Vorstellungen nicht in Einklang zu bringen war.

²¹⁾ Vgl. etwa o. V.: Taten ja, inhaltsleere Erklärungen nein!, in: Peking Rundschau, 15. Jg. (4. 4. 1978), S. 17–20.

²²⁾ Meldung in Frankfurter Rundschau vom 6. 5. 1978.

²³⁾ Vgl. o. V.: Pragmatischer Wirtschaftskurs in der VR China bestätigt, in: Nachrichten für Außenhandel vom 1. 9. 1977.

Die Betonung des Planungselements geht mit der Propagierung eines „straffen Systems persönlicher Verantwortlichkeit der leitenden Kader“²⁴⁾ mit klar umrissenen Aufgabenbereichen einher, die seit der sogenannten Konsolidierungsphase zu Beginn der 60er Jahre nicht mehr zu verfolgen war. Diese Forderung deutet auf die Favorisierung des seit der Kulturrevolution verpönten Direktorialprinzips sowjetsozialistischer Prägung hin, das den Partizipationsideen der Vertreter der Masselinie widerspricht. Erst wenn die einheitliche zentrale Planung und Leitung gefestigt ist, soll die Initiative der zentralen und der lokalen Ebene entfaltet werden. „Wichtige“ Fragen sollen laut Hua „der absoluten Entscheidungsgewalt der zentralen Ebene unterliegen . . . , (während) untergeordnete Fragen der örtlichen Ebene übertragen werden“²⁵⁾. Die Entwicklung zu einer stärkeren Autorität der Zentrale zeichnete sich bereits auf dem XI. Parteitag der KP Chinas im August 1977 ab²⁶⁾, als die wirtschaftlichen Probleme noch stärker als gegenwärtig unter dem Vorzeichen politischer Konsolidierung standen.

Als Vater der Zentralisierungsbestrebungen dürfte – wie bei den meisten gegenwärtigen Reformmaßnahmen – Teng Hsiao-ping anzusehen sein, der zusammen mit dem Finanz- und Planungsexperten der Partei Li Hsien-nien im Jahre 1975 den sogenannten „Outline-Report“ für eine Beschleunigung des wirtschaftlichen und insbesondere des industriellen Aufbaus des Landes ver-

faßte. Bereits in diesem Report wurde die Forderung nach einer einheitlichen zentralen Investitions- und Produktionsplanung bei nur sehr begrenztem Fortbestand dezentralisierter Entscheidungseinheiten erhoben²⁷⁾.

Keine Vollkollektivierung

Der neue wirtschaftspolitische Kurs wird die seit dem Jahre 1958 propagierten und aufgebauten Volkskommunen nicht in Frage stellen, jedoch ist auch keine Stärkung dieser der gesellschaftlichen Zielstellung des Kommunismus nahekommenen Produktions- und Verteilungsorganisation vorgesehen. Nach den Vorstellungen Maos zu den Eigentumsformen im chinesischen Modell²⁸⁾, die seit der Periode des „Großen Sprungs nach vorn“ (1958–1960) Allgemeingut der Wirtschaftspolitik geworden sind, sollten die Volkskommunen unter Ausschaltung des noch bestehenden privaten Hoflandes zur ausschließlichen Form des landwirtschaftlichen Produktionsmitteleigentums werden. Der gegenwärtige Kurs der Wirtschaftspolitik geht jedoch dahin, den Besitz der privaten Einzelbauern von gegenwärtig rund 5% der landwirtschaftlichen Ackerfläche²⁹⁾ festzuschreiben und Ansporn für eine Erweiterung der jetzt schon hohen Produktionsleistungen der Einzelbauern vor allem in der tierischen Produktion zu bieten.

In seiner Rede auf dem V. Volkskongreß sah sich Hua in seiner Politik bestätigt, „die es einzelnen Kommunemitgliedern gestattet, kleine Parzellen zur privaten Nutzung zu bewirtschaften und häusliches Nebengewerbe in geringem Umfang auszu-

²⁴⁾ Hua Kuo-feng, a. a. O., S. 27.

²⁵⁾ Ebenda, S. 28.

²⁶⁾ Vgl. Hua Kuo-feng: Politischer Bericht auf dem XI. Parteitag der KP China, in: Peking Rundschau, 14. Jg. (1977), Nr. 35, S. 53 ff.

²⁷⁾ Vgl. o. V.: Pragmatischer Wirtschaftskurs in der VR China bestätigt, a. a. O.

²⁸⁾ Vgl. Jiri Kosta, Jan Meyer: Volksrepublik China, Frankfurt, Köln 1976, S. 244; Mao Tse-tung: Das machen wir anders als Moskau, Kritik an der sowjetischen Politökonomie, hrsg. von Helmut Martin, Reinbek bei Hamburg 1975, S. 73 f.

²⁹⁾ Vgl. Jiri Kosta, Jan Meyer, a. a. O., S. 244.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Klaus Bolz (Hrsg.)

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN OSTEUROPA ZUR JAHRESWENDE 1977/78

Oktav, 265 Seiten, 1978, Preis brosch. DM 18,50

ISBN 3 87895 173 6

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

üben — in Viehzuchtgebieten einen begrenzten Viehbestand zur privaten Nutzung zu besitzen —, vorausgesetzt, der absolute Vorrang der Kollektivwirtschaft ist gewährleistet“³⁰⁾. Hinzu kommt, daß die Bauern zur Fortführung des privaten Markthandels ausdrücklich aufgefordert wurden. Daß diese Politik auf starke ideologische Bedenken stoßen mußte, macht Huas Hinweis auf die „Viererbände“ deutlich, die seine Politik „böswillig“ als Restauration des Kapitalismus versteht. Die ökonomischen Erfordernisse — schlechte Ernten in den vergangenen Jahren, hohe notwendige Getreideimporte und ehrgeizige landwirtschaftliche Entwicklungsziele — und die Bereitschaft, ihnen stattzugeben, lassen die Führung ideologische Vorbehalte in Kauf nehmen. Das schließt ein, daß das Ziel der Vollkollektivierung der Landwirtschaft vorerst nicht realisiert werden wird.

Wiederentdeckte materielle Stimulierung

Das im neuen wirtschaftspolitischen Kurs propagierte Leistungsprinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seiner Leistung“ steht gemeinsam mit einer Stärkung der materiellen Anreize in krassm Gegensatz zu den während der Kulturrevolution entwickelten Ideen des sozialrevolutionären Flügels, zu denen auch die „Viererbände“ und deren Anhänger gezählt werden können. Das Leistungsprinzip, das zum tragenden Prinzip der sozialistischen Produktion erhoben wurde, wendet sich in Verbindung mit den materiellen Anreizen gegen die von Mao propagierte Dominanz von Politik und Ideologie über die Wirtschaft, gegen die revolutionäre Initiative der Massen als Ansporn zur Produktion und gegen die besonders seit der Kulturrevolution verfolgte Egalisierung der Einkommensverteilung. Es fördert den sozialen Differenzierungsprozeß der „drei großen Gefälle“ (Stadt-Land, Arbeiter-Bauer, geistige und körperliche Arbeit), deren Nivellierung bisher als Grundmerkmal für eine sozialistische Entwicklung galt³¹⁾.

Die Schwächung der politischen und die Stärkung der ökonomischen Stimulierung bezieht sich sowohl auf den Lohn- als auch den Gewinnsektor. Die Gewinnerzielung, die von der „Viererbände“ mit der Praxis des „Kommandos der Profite“ gleichgesetzt und prinzipiell abgelehnt wurde, ist nach Auffassung der gegenwärtigen Führung notwendig, um Kapital für die Produktion bereitzustellen und die Staatsausgaben in ihrer Gesamtheit zu finanzieren³²⁾. Damit unterscheidet sich die Gewinnerzielung in ihrem ökonomischen Ge-

halt durch nichts von der Gewinnerzielung im sowjetsozialistischen System, das bislang, auch in diesem Punkt, auf das Schärfste attackiert wurde³³⁾.

Vor allem auf dem Lohnsektor bahnen sich einschneidende Änderungen an. Hinweis hierfür sind einmal die erstmals seit 1972 vorgenommene Erhöhung des Lohnniveaus der Staatsbediensteten und der in der Industrie Beschäftigten vom Oktober 1977 an, zum anderen aber die Änderungen im Lohnsystem, die ganz auf die Führungsrolle des Leistungsprinzips zugeschnitten sind. Statt des üblichen Monatszeitlohnes wird jetzt auch die Entlohnung nach Stunden, einschließlich der Entlohnung nach Akkord, propagiert. Darüber hinaus ist die Wiedereinführung von Prämienzahlungen auf breiterer Basis als bisher und mit höherem politischen Stellenwert vorgesehen. Akkordlöhne sollen besonders dann angewendet werden, wenn der Stundenlohn zu „Gleichmacherei“ (!) oder auch „extrem hohen Unterschieden“ führen würde³⁴⁾. Prämien sollen vor allem dann gezahlt werden, wenn Lohnanpassungen nicht schnell genug vorgenommen werden können: Dann „kann der richtige Einsatz von Vergütungen (= Prämien; die Verf.) die Produktion bemerkenswert vorantreiben. Wenn die Löhne verhältnismäßig niedrig sind, kann der richtige Einsatz von Vergütungen eine wichtige Rolle in der Hebung des sozialistischen Enthusiasmus unter den Massen und in der Verbesserung ihres Lebensstandards spielen“³⁵⁾.

Änderungen im Einkommenssystem

Die seit der Periode des „Großen Sprungs nach vorn“ prinzipiell abgelehnten Prämienzahlungen und der Akkordlohn kommen vor allem in der Industrie zur Anwendung, da in der Landwirtschaft eine andere Entlohnungsform — eine Art Kollektivrendite mit individuellem Leistungsanteil — üblich ist. Obwohl Prämien und Akkord für die Staatsbediensteten weniger geeignet sind, sollen auch hier diese leistungsorientierten Lohnformen angewendet werden können³⁶⁾. Als weiterer materieller Anreiz ist vorgesehen, die Einkommen in regelmäßigen, kurzen Abständen zu erhöhen, wobei für Erhöhungen reine Leistungskriterien wie Verhalten bei der Arbeit, technisch-fachliche Fähigkeiten und geleisteter Arbeitsbeitrag herangezogen werden. Diese Forderungen hatte Teng bereits im „Outline-Report“ erhoben³⁷⁾. Es handelt sich hier um die gleichen Kriterien, die während

³⁰⁾ Hua Kuo-feng: Schließen wir uns zusammen..., a. a. O., S. 24.

³¹⁾ Vgl. Rüdiger Machetzki: Einkommen und materielle Lebensverbesserung in der Volksrepublik China, in: China aktuell, 7. Jg. (Februar 1978), S. 20.

³²⁾ Vgl. ebenda, S. 23.

³³⁾ Vgl. Hsü Di-hsin: Über die Frage des Gewinns, in: Peking Rundschau, 15. Jg. (1978), Nr. 13, S. 15 ff.

³⁴⁾ Rüdiger Machetzki, a. a. O., S. 23.

³⁵⁾ Ebenda.

³⁶⁾ Vgl. Hua Kuo-feng, a. a. O., S. 26.

³⁷⁾ Vgl. Teng Hsiao-ping: Dokumente zur Lage der Nation auf dem Höhepunkt des Machtkampfes 1975, zitiert bei Rüdiger Machetzki, a. a. O., S. 20.

der I. Fünfjahresplanperiode 1953 bis 1957 angewandt wurden, als von den Chinesen noch das sowjetische Modell praktiziert wurde. Auch die gegenwärtige Betonung der materiellen Interessiertheit rührt von dieser Zeitphase her.

Sicher dienen die Änderungen im Einkommenssystem in hohem Maße einer Steigerung des Wirtschafts- und Produktivitätswachstums. Angesichts der innenpolitisch labilen Situation dienen sie jedoch auch dazu, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die schlechte Wirtschaftslage zu dämpfen und die Loyalität der Bevölkerung gegenüber der neuen Führung sichern zu helfen³⁸⁾. So hatten die „nichtproduktiven“ Staatsbediensteten unter der bisherigen egalitären Politik besonders zu leiden, während die geringer verdienenden Arbeiter gerade von der egalitären Politik am meisten erwarten durften und deshalb vor Einführung des Leistungsprinzips beschwichtigt werden mußten. Auf beide genannten Gruppen konzentrierten sich deshalb auch die Lohnerhöhungsaktivitäten.

Außenwirtschaft als Wachstumsfaktor?

Der wirtschaftspolitische Kurswechsel hat auch einen Einstellungswandel gegenüber der Rolle der Außenwirtschaft mit sich gebracht. Das bislang verfolgte Prinzip „Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft“³⁹⁾, das der Außenwirtschaft eine völlig untergeordnete Rolle im Wirtschaftsprozeß zuwies, scheint allmählich aufgegeben zu werden. Hua bezeichnete den Handel auf dem V. Volkskongreß als sehr bedeutsam für das wirtschaftliche Wachstum⁴⁰⁾. Gegenwärtig können die Außenwirtschaftsbeziehungen jedoch die Rolle eines Wachstumsfaktors schon allein wegen ihres geringen Gewichts noch nicht übernehmen. Nach Schätzungen der Japan External Trade Organization belief sich Chinas Außenhandel im Jahre 1977 auf nicht mehr als 14,29 Mrd. US-\$ bei Exporten in Höhe von 7,84 Mrd. US-\$ und Importen in Höhe von 6,45 Mrd. US-\$. Der Anteil des Außenhandels am chinesischen BSP dürfte 4% nicht überschreiten⁴¹⁾.

Der Außenhandel wird die Rolle eines Wachstumsfaktors erst bei einem erhöhten Handelsvolumen und einer Importstruktur gewinnen können, die den Bedarf an technischem Fortschritt widerspiegelt. Zum Technologieimport ist die chinesische Führung grundsätzlich bereit, doch gibt es neben ökonomischen Problemen wie der Devisenknapp-

heit und einem kaum weltmarktfähigen Exportsortiment auch politisch bedingte Hemmnisse. Das wohl größte ist die auch gegenwärtig noch fehlende Bereitschaft, Handelsbilanzdefizite oder eine Auslandsverschuldung in Kauf zu nehmen, obwohl dies unter Wachstumsgesichtspunkten opportun wäre. So wurde beispielsweise im Jahre 1976 ein Handelsbilanzüberschuß von 1,25 Mrd. US-\$ und 1977 einer von 1,4 Mrd. US-\$ realisiert⁴²⁾. Auf Unternehmensebene werden allerdings Kredite, zum Teil mit Laufzeiten bis zu zwölf Jahren, akzeptiert⁴³⁾. Der Handel soll nach Möglichkeit auf der Basis bilateraler Abkommen geregelt werden, um die Außenwirtschaft besser in die nationale Planung integrieren zu können. Langfristige Handelsabkommen hat China mit seinen wichtigsten Handelspartnern Japan und der EG bereits in diesem Jahr abgeschlossen.

Dem allgemeinen Trend in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen, den Handel durch Kooperation abzulösen bzw. zu ergänzen, hat sich China noch nicht angeschlossen. Doch ist dieser Schritt in naher Zukunft nicht auszuschließen. Das erste Rahmenkooperationsabkommen auf Unternehmensebene, das Anfang dieses Jahres mit der japanischen Mitsubishi-Gruppe abgeschlossen wurde, stellt einen Anfang dar. Das Abkommen bezieht sich auf die industriellen Bereiche, deren Ausbau für China wichtig ist, wie die Schwerindustrie und die petrochemische Industrie. Japan liefert Produktionsanlagen und transferiert Softwareverfahrenstechniken, bei denen japanische Experten in enger Zusammenarbeit mit den chinesischen Anwendern umfangreiche Schulungsprogramme abwickeln werden⁴⁴⁾. Wie es scheint, könnte die Bundesrepublik der zweite große Kooperationspartner werden. Bei dem kürzlich beendeten Besuch des stellvertretenden Ministerpräsidenten Ku Mu in der Bundesrepublik standen Wirtschaftsfragen im Mittelpunkt der umfangreichen Expertengespräche⁴⁵⁾.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der neue wirtschaftspolitische Kurs der Staats- und Parteiführung unübersehbar an die von der Sowjetunion beeinflusste Wirtschaftspolitik der 50er Jahre anknüpft. Damit steht er in diametralem Gegensatz zu der in den Jahren seit der Kulturrevolution verfolgten Politik und bringt gleichzeitig eine – zumindest partielle – Aufgabe wesentlicher Charakteristika des spezifisch chinesischen Entwicklungsweges mit sich. Für die westlichen Wirtschaftspartner der VR China kann diese faktische Annäherung an das sowjetische Modell eine bessere Kalkulierbarkeit der chinesischen Interessen und Aktivitäten ermöglichen.

³⁸⁾ Vgl. Rüdiger Machetzki, a. a. O., S. 24.

³⁹⁾ Vgl. Jiri Kosta, Jan Meyer, a. a. O., S. 259.

⁴⁰⁾ Vgl. Hua Kuo-feng, a. a. O., S. 258.

⁴¹⁾ Vgl. Klaus Bender: China will seinen Außenhandel mit den Industriestaaten stark ausweiten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. 4. 1978. Vgl. hierzu die Angaben bei Jiri Kosta, Jan Meyer über die Importquoten Chinas aus dem Jahre 1970, a. a. O., S. 258.

⁴²⁾ Vgl. Meldung in Neue Zürcher Zeitung vom 7. 4. 1978.

⁴³⁾ Vgl. Meldung in Nachrichten für Außenhandel vom 22. 8. 1977.

⁴⁴⁾ Vgl. Meldung in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. 4. 1978.

⁴⁵⁾ Vgl. Meldung in Süddeutsche Zeitung vom 30. 5. 1978.